

Stellungnahme der CDU-Fraktion zum Tagesordnungspunkt "Rechtsverordnung über Bewohnerparkgebühren und Anpassung der Gebührensätze" der Gemeinderatssitzung vom 19.11.2025

von Ulrich Renkert

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Stephan,
sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Schlüter,
verehrte Mitglieder des Gemeinderates
sowie anwesende Gäste,

Vor ein paar Tagen stand in der Schwetzingener Zeitung „Schwetzingener Stadtrat erhöht Gebühren für Bewohnerparkplätze um 150 Prozent“. Der Aufschrei dazu war riesengroß, die sozialen Netzwerke überschlugen sich mit Kommentaren über dieses Vorgehen. Wie können die nur ? – und was haben sich die Gemeinderäte dabei nur gedacht, so was zu beschließen, waren noch die harmlosesten Aussagen über diese Erhöhung.

Aus diesem Grund wollen wir von der CDU die Möglichkeit nutzen und unsere Gründe für die Erhöhung erläutern. Zunächst einmal muss man feststellen, von welchen Ausgangszahlen reden wir eigentlich.

Für einen Bewohnerparkausweis zahlte man bislang 20 € im Jahr. Um die Kosten, die mit diesen Ausweisen einhergehen, zumindest ansatzweise zu decken, war es jedoch unumgänglich, die Gebühr auf 50 € im Jahr zu erhöhen.

Wohlgemerkt: Wir sprechen hier von einer Jahresgebühr – das entspricht umgerechnet gerade einmal 4,17 € im Monat.

Zum Vergleich: Wenn ich heutzutage einen Stellplatz miete, kostet dieser mindestens 30 € im Monat, also eine Jahresgebühr von 360 €. schaut man zusätzlich auf vergleichbare Gemeinden, wie etwa Weinheim, stellt man fest, dass der Bewohnerparkausweis dort 130 €/Jahr kostet. Selbst mit unseren 50 € sind wir also nach wie vor äußerst moderat aufgestellt.

Des Weiteren möchten wir betonen, dass uns diese Entscheidung keineswegs leichtgefallen ist.

Doch angesichts der aktuellen Haushaltslage der Stadt wurde schnell

deutlich, dass eine Erhöhung der Gebühr alternativlos war. Der finanzielle Handlungsspielraum ist derzeit äußerst gering, da mehr als 90% des Haushalts auf Pflichtaufgaben entfallen, die wir erfüllen müssen.

Gleichzeitig besteht eine klare gesetzliche Vorgabe einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Um dieser Verpflichtung nachzukommen, musste an vielen Stellschrauben gedreht werden und somit auch mehrere Gebühren angepasst werden – und davon sind nicht nur Anwohner betroffen, sondern auch andere Personengruppen, etwa Bibliotheksnutzer oder im Bereich des Friedhofswesens, um nur ein paar Beispiele zu nennen.

Ich hoffe die Beweggründe meiner Fraktion für die Erhöhung verständlich dargelegt zu haben und zum Ausdruck bringen konnte, dass es uns, bei all unseren Entscheidungen, immer um das Wohl unserer Stadt und all Ihrer Bürgern geht.